

6/2022

Die Fachzeitschrift
für Anwältinnen
und Anwälte



Lesen Sie das
Anwaltsblatt auch
in der App

Anwalts blatt



Deutscher **Anwalt** Verein

● **AnwaltsPraxis**

Viel mehr als Jura

Rechtsanwältin und
Syndikusrechtsanwältin Anne Graue

● **AnwaltsWissen**

100 Jahre Anwältinnen – aber
noch keine Gleichberechtigung

● **AnwaltVerein**

Veranstaltungshinweise für
den Anwaltstag in Hamburg

Anzeige

Unten steht immer das Wichtigste ...
ADVOLUX IST DIE BASIS FÜR LEGAL TECH

HAUFE. www.advolut.de/kanzleisoftware

AnwaltsPraxis

Porträt

Anne Graue: Viel mehr als Jura
Elke Spanner, Hamburg 326

Report

Warum Gendern im Anwaltsblatt?
Julia Amberger, Berlin 330

Anwälte fragen nach Ethik

Kanzleien von gestern für Anwält:innen von morgen?
Rechtsanwältin Uta Katharina Schmidt, DAV, Berlin 333



Gastkommentar

Zu wenig Gegenwind für rechtsextreme
Schöffen und Schöffinnen
Ronen Steinke, Süddeutsche Zeitung 336

Kommentar

Mehr Gleichberechtigung in der Anwaltschaft
Rechtsanwältin und Notarin Silvia C. Groppler, DAV, Berlin 337

Digital

Finden statt suchen: Juristische Datenbanken
Nora Zunker, Berlin 340

Nachrichten 336
Bericht aus Berlin/Brüssel 338

AnwaltsWissen

100 Jahre Anwältinnen

Equal Pay – einfach schlecht verhandelt?
Prof. Dr. Cara Röhner, Wiesbaden 342

Die erste Anwältin: Maria Ottos Weg
in die Anwaltschaft
Rechtsanwältin Sarah Jörn-Schellenberg, Uslar 344

Pionierinnen des Rechts: Die ersten Frauen
in Anwaltschaft und Justiz
Katharina Liero, Berlin 348

Anwaltsalltag

Psychische Widerstandskraft als Schlüssel-
kompetenz im Anwaltsalltag
Rechtsanwältin Gesine Reisert, Berlin 352

Anwaltsrecht

BRAO-Reform: Neue Rechtsformen und neuer
Versicherungsschutz
Dr. jur. Christian Zimmermann und Ass. jur. Stella Dörne, beide Köln 354

Die große BRAO-Reform und die Berufshaft-
pflichtversicherung
Dr. iur. Andreas Wiedemann, Neustadt 354

Insolvenzrecht

Insolvenzverwaltung und Berufsfreiheit:
Der Zugang zum Beruf
Prof. Dr. Reinhard Gaier, Karlsruhe/Zumikon (ZH) 356

Die Auswirkungen rückläufiger Anwaltszahlen
Prof. Dr. Matthias Kilian, Soldan Institut, Köln 358

Bücherschau: Berufsrecht
Prof. Dr. Matthias Kilian, Köln 360

Haftpflichtfragen

Die interprofessionelle Sozietät:
Anwaltskanzlei „all inclusive“?
Rechtsanwältin Antje Jungk, Allianz Versicherungs AG, München 362

Rechtsprechung

Anwaltsrecht
EuGH: Unabhängigkeit des angestellten Anwalts; BGH: Insolvenzverwalterliste;
AGH Koblenz: Widerruf des Fachanwaltstitels wegen fehlender Fortbildung 365

Anwaltschaftung
BSG: Signatur; BGH: Dokumentenprüfung I; OVG Münster: Dokumentenprüfung II .. 367

Anwaltsvergütung
OLG Brandenburg: Honorarforderungen im PKH-Mandat unzulässig 370



Die Auswirkungen rückläufiger Anwaltszahlen

Erfahrungen und Einschätzungen der Anwaltschaft zu einer historischen Zeitenwende

Prof. Dr. Matthias Kilian, Köln

Die Anwaltszahlen sind rückläufig – dies dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben. Doch welche Auswirkungen hat es, wenn binnen vier Jahren jeder Fünfzehnte in einer Kanzlei niedergelassene Rechtsanwalt seine Zulassung zurückgibt? Das Soldan Institut ist dieser Frage nachgegangen und berichtet über die Ergebnisse. Sie zeigen, wie sich verschiedene Entwicklungen überlagern.

I. Anwaltszahlen – eine Zeitenwende

Seit rund einem Jahrzehnt berichtet die Statistik über eine Entwicklung, die in Deutschland über mehr als ein Jahrhundert völlig unbekannt war: Rückläufige Anwaltszahlen in der niedergelassenen Anwaltschaft. In ersten Regionalkammern begann diese Entwicklung von der breiten Fachöffentlichkeit weitgehend unbeachtet bereits im Jahr 2013, ab 2017 hatte sie sich soweit dynamisiert, dass die Zahl der in Kanzlei niedergelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im Bundesgebiet erstmals rückläufig war. Kaschiert wurde diese Entwicklung zunächst durch die weiterhin steigende Anzahl an Syndikusrechtsanwälten, die in der Summe aller Zulassungsarten zu einem weiterhin minimalen Wachstum der Gesamtanwaltschaft führte. 2020 war es auch damit vorbei: In diesem Jahr schrumpfte erstmals nicht nur die niedergelassene, sondern auch die Gesamtanwaltschaft – eine auch im internationalen Vergleich bemerkenswerte Entwicklung, wachsen die Anwaltschaften in anderen bedeutenden Rechtsdienstleistungsmärkten doch weiterhin.¹

Für die niedergelassene Anwaltschaft bedeutet dies konkret, dass sich die Zahl ihrer Mitglieder bundesweit binnen fünf Jahren von 154.700 auf 142.900 oder um 7,7 Prozent reduziert hat.

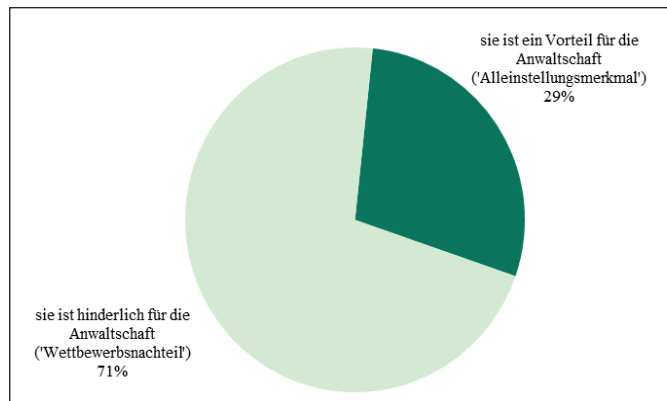


Abb. 1: Bewertung asymmetrischer Regulierung von Rechtsanwälten und anderen Rechtsdienstleistern – Gesamtbetrachtung

Quelle: Berufsrechtsbarometer 2021

In einzelnen, vor allem ländlich geprägten Kammerbezirken jenseits der Standorte großer Wirtschaftskanzleien sind die Rückgänge freilich bis zu doppelt so hoch – dort, wo der Rückgang regional am frühesten eingesetzt hat und am stärksten ist, heißt dies für Rechtsuchende, dass ihnen gegenwärtig fast 20 Prozent weniger niedergelassene Rechtsanwälte als Ansprechpartner zur Verfügung stehen als noch vor zehn Jahren. Über diese rein statistischen Befunde ist bereits hier und da berichtet worden², auch wenn man bisweilen den Eindruck gewinnen muss, dass das Bewusstsein für diese historische Zeitenwende – mehr als ein Jahrhundert wuchs die Zahl der Anwälte Jahr um Jahr – bislang eher schwach ausgeprägt ist. Interessanter als die nackten Zahlen sind freilich die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Anwaltschaft und den Rechtsdienstleistungsmarkt. Was bedeutet eine schrumpfende Anwaltschaft für den Wettbewerb der Kanzleien untereinander, für die Preise am Markt, für den Zugang zum Recht der Rechtsuchenden?

II. Auswirkungen – empirischer Befund

1. Befragung

Das Soldan Institut hat zur Klärung dieser und anderer Effekte rückläufiger Anwaltszahlen im Rahmen der Befragung zum Berufsrechtsbarometer 2021 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte um ihre Einschätzung zu der vorstehend beschriebenen berufsdemographischen Entwicklung gebeten. Zu diesem Zweck wurden den Befragten sieben Aussagen vorgelegt, zu denen sie auf einer Skala von „1 = stimme voll und ganz zu“ bis „4 = stimme gar nicht zu“ ihre Einschätzung mitteilen konnten³:

¹ Die langfristige Entwicklung der Anwaltszahlen ist dokumentiert bei Kilian/Lieb (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Anwaltschaft 2021/22, Baden-Baden 2022, S. 42 ff.

² Kilian, AnwBl 2022, 157; ders. AnwBl 2020, 416f.

³ Von den 2.770 an der Studie teilnehmenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte haben nicht alle zu jeder Aussage eine Einschätzung mitgeteilt. Es ist insofern davon auszugehen, dass sich nicht jeder Teilnehmer einer Einschätzung zu allen Aussagen zutraute (z.B., weil er/sie als Angestellter mit bestimmten unternehmerischen Fragestellungen nicht befasst ist oder als Einzelanwalt kein anwaltliches Personal beschäftigt). Je nach Aussage gaben zwischen 1.502 und 2.000 Befragte eine Einschätzung ab.

- die Gewinnung von anwaltlichem Nachwuchs ist schwieriger geworden.
- durch das verstärkte Auftreten nicht-anwaltlicher Rechtsdienstleister wirken sich die rückläufigen Anwaltszahlen nicht positiv auf die Anwaltschaft aus.
- meine Kanzlei kann sich häufiger erlauben, unattraktive Mandate abzulehnen.
- das Mandatsaufkommen hat sich verbessert.
- die Schwierigkeiten von Rechtsuchenden, anwaltlichen Beistand zu finden, haben zugenommen.
- es fällt leichter, gegenüber Mandanten Vergütungsvereinbarungen / höhere Preise am Markt durchzusetzen.
- der Wettbewerb mit anderen Kanzleien hat an Intensität verloren.

2. Gesamtbefund

Aus Sicht der Befragten ist der problematischste Effekt rückläufiger Anwaltszahlen ein solcher, der an sich nur mittelbar etwas mit den Anwaltszahlen als solchen zu tun hat: 81 Prozent der Befragten stimmen „voll und ganz“ beziehungsweise „eher“ der Aussage zu, dass die Gewinnung von anwaltlichem Nachwuchs schwieriger geworden ist. Mit den Anwaltszahlen verknüpft ist das Rekrutierungsproblem allerdings in zweifacher Hinsicht: Zum einen steigt der altersbedingte Ersatzbedarf in der Anwaltschaft, weil seit einigen Jahren erstmals relativ zulassungsstarke Zulassungsjahrgänge das Ruhestandsalter erreichen. Zum anderen liegt die Zahl der Absolventen der volljuristischen Ausbildung weiterhin spürbar unter dem Niveau der Zeit um die Jahrtausendwende. Fast zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, dass sich ihre Kanzlei mittlerweile häufiger erlauben kann, unattraktive Mandate abzulehnen (15 Prozent „voll und ganz“, 49 Prozent „eher“). Fast ebenso viele Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten äußern sich allerdings auch zustimmend zu der Aussage, dass aufgrund der verstärkten Wettbewerbs nicht-anwaltlicher Wettbewerber auf dem Rechtsdienstleistungsmarkt mögliche für die Anwaltschaft positive Effekte nivelliert werden (16 Prozent stimmen „voll und ganz“, 47 Prozent „eher“ zu). Für etwas weniger als die Hälfte der Anwaltschaft hat sich das Mandatsaufkommen verbessert (7 Prozent stimmen „voll und ganz“ zu, 38 Prozent stimmen „eher“ zu). Knapp jeder Dritte ist der Auffassung, dass sich durch das geringere Angebot an Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten für Rechtsuchende der Zugang zum Recht verschlechtert habe (6 Prozent „stimme voll und ganz zu“, 25 Prozent „stimme eher zu“). 28 Prozent berichten, dass es nun leichter falle, am Markt höhere Preise beziehungsweise Vergütungsvereinbarungen durchzusetzen (3 Prozent „voll und ganz“, 25 Prozent „eher“). Der mit 25 Prozent am seltensten wahrgenommene Effekt ist eine reduzierte Intensität des Wettbewerbs mit anderen Kanzleien.

3. Differenzierte Betrachtung

Eine nach soziodemographischen Einflussfaktoren differenzierende Betrachtung zeigt, dass die Fachanwaltseigenschaft als solche relativ geringe Auswirkungen auf die mit den rückläufigen Anwaltszahlen gemachten Erfahrungen hat. Fachanwälte und Fachanwältinnen berichten etwas häufiger Anwältinnen und Anwälte ohne Fachanwaltstitel, dass sie nun unattraktive Mandate eher ablehnen und höhere Preise durchsetzen können. Dass nicht-anwaltliche Rechtsdienstleister mögliche positive Effekte verminderter Anwaltszahlen konterkarieren, berichten Fachanwälte zwar nicht in Summe häufiger als Nicht-Fachanwälte. Die Teilgruppen der Fachanwälte

für Verkehrsrecht, Versicherungsrecht und Bank- und Kapitalmarktrecht stimmen dieser Feststellung aber häufiger zu als andere Angehörige anderer Fachanwaltschaften. Es handelt sich hierbei um Rechtsgebiete, in denen entsprechende nicht-anwaltliche Rechtsdienstleistungsangebote recht aggressiv um Marktanteile kämpfen.

Blickt man auf die größeren Fachanwaltschaften, so berichten etwa Fachanwälte für Miet- und Wohnungseigentumsrecht oder für Erbrecht häufiger von geringerer Wettbewerbsintensität als zum Beispiel Fachanwälte aus wirtschaftsrechtlichen Materien. Insbesondere Fachanwälte aus Rechtsgebieten, die besonders „vulnerable“ Rechtsuchende betreffen (Sozialrecht, Migrationsrecht, Medizinrecht, Erbrecht) sind häufiger als andere Fachanwälte der Auffassung, dass die geringere Zahl von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten nach ihrer Wahrnehmung den Zugang zum Recht für die Nachfrageseite verschlechtert habe. Auch wenn es sich hierbei um einen von der Anbieterseite „gefühlten“ Effekt handelt, der unmittelbar nur die Nachfrageseite betrifft, sollte dieser Befund ein Warnsignal sein, dass die rückläufigen Anwaltszahlen sich zuerst bei rechtsuchenden Verbrauchern und dort offenbar insbesondere bei solchen auswirken, die besonders schutzbedürftig sind. In dieses Bild passt, dass Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mit mehrheitlichem oder ganz überwiegendem Anteil an Verbrauchermandaten im Mandatsportfolio am häufigsten den Aussagen zustimmen, dass sie nun öfter unattraktive Mandate ablehnen können, sich die Wettbewerbsintensität verringere und sich bei ihnen das Mandatsaufkommen verbessert habe.

Bei einer Betrachtung der Befunde in Abhängigkeit von Kanzleirollen zeigt sich, dass kleinere Kanzleien ausgeprägtere Problem der Nachwuchsgewinnung haben als größere Kanzleien. Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus kleineren Kanzleien stimmen seltener der Aussage zu, dass sich das Mandatsaufkommen verbessert habe, und sind häufiger der Auffassung, dass mögliche positive Effekte der rückläufigen Anwaltszahlen durch neue nicht-anwaltliche Wettbewerber aufgewogen werden.

III. Ausblick

Teilgruppen der Anwaltschaft verspüren die Effekte der rückläufigen Anwaltszahlen mit unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlicher Hinsicht. Die Auswirkungen sind auch, misst man dies über die Wahrnehmungen von Fachanwälten, in den Rechtsgebieten durchaus unterschiedlich. Nachdenklich sollte stimmen, dass aus der Perspektive der Nachfrageseite negative Auswirkungen wie Mandatsablehnungen, geringerer Wettbewerb oder verschlechterter Zugang zum Recht häufiger von Verbraucheranwältinnen und -anwälten aus kleineren Kanzleien berichtet werden als von Wirtschafts-anwältinnen und -anwälten aus größeren Kanzleien.



Prof. Dr. Matthias Kilian, Köln

Der Autor ist Direktor des Soldan Instituts sowie des Instituts für Anwaltsrecht an der Universität zu Köln. Er lehrt und forscht an der Universität zu Köln.

Leserreaktion an anwaltsblatt@anwaltverein.de